Die Schüler waren gespannt auf die Ausführungen des Politikers.

MdL Erwin Huber (links) und Schulleiter Franz Holzmann.

Politiker als Lehrer an der Realschule

MdL Erwin Huber übernahm eine Unterrichtsstunde

Niederviehbach. (cg) Einen nicht alltäglichen Lehrer hatten die Schüler der zehnten Klassen der Realschule St. Maria vergangenen Freitag vor sich. Im Rahmen des Tages der Freien Schulen in Bayern, der unter dem Motto „Politik macht Schule – Abgeordnete schenken eine Unterrichtsstunde“ stand, lud die Schule den Heimatabgeordneten Erwin Huber ein.

Ziel des Aktionstages war es, durch den direkten Kontakt mit einem Landtagsabgeordneten das staatsbürgerliche Interesse anzuregen und damit der Politikverdrossenheit und Radikalisierung entgegenzuwirken. Die Abgeordneten wiederum sollten dabei die Gelegenheit zum direkten Einblick in das Schulleben bekommen und die Besonderheiten der Schule im Dialog kennenlernen. Sein pädagogisches Ziel, so Huber zu den Schülern, sei es, ihnen den Eindruck zu vermitteln, dass Politiker ganz normale Menschen sind, und auch keine „Streithansel“, auch wenn der Wettbewerb der Meinungen zur Demokratie gehöre. Er verglich es mit dem Angebot verschiedenster Firmen, aus dem man auswählen könne. Anhand einiger Beispiele versuchte der Abgeordnete dabei seinen Arbeitsalltag darzustellen.

Seit langem Mitglied des Bayerischen Landtages, sei er auch Ausschussvorsitzender. Dort beschäftige man sich unter anderem auch mit den Folgen des Zugunglücks bei Bad Aibling. Angesichts des Jubiläums von 500 Jahren Reformation im Jahr 2017, berichtete Huber von der Ländervereinbarung eines einmaligen Feiertages, im kommenden Jahr, am 31. Oktober und der gleichzeitigen Forderung, diesen Feiertag dauerhaft einzuführen. Da die Arbeitnehmer in Bayern, wo es ohnehin schon besonders viele Feiertage gebe, auch an Feiertagen bezahlt würden, koste ein Feiertag die Wirtschaft eine Milliarde Euro, welche zusätzlich erwirtschaftet werden müsse.

Ganz anders seien die Besuche von Kindergärten, die in Bayern stark gefördert werden, so Huber. Auch diese Einblicke seien ihm wichtig. Diskussionen zu Energiewende und Versorgungssicherheit gebe es beim Besuch der Umweltmesse in Landshut. Als bedeutendste Stromquelle der Zukunft sehe der Politiker die Windkraft. Allerdings erzeugten Windräder in nördlichen Bundesländern zehn Mal soviel Strom als hierzulande, weshalb auch große Stromtrassen notwendig seien. Besondere Bedeutung haben auch die Länderwahlen, denen man besondere Aussagekraft im Bezug auf die Flüchtlingspolitik und die AfD zumesse. Ein ganz anderes Thema war die Automobilität. In zehn Jahren sieht Erwin Huber das selbst fahrende Auto in der Praxis, mit dem Ziel von null Verkehrstoten. Hierfür müsse die Politik entsprechende Verkehrsregeln machen.

Zwei Punkte bewegen Huber derzeit besonders, so zum einen die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Hier bekomme die Demokratie Probleme mit der Legitimation. Als Ursachen sehe er Zufriedenheit, Gleichgültigkeit aber auch Protest. Dabei fehle es nicht an den Vorbildern der Älteren. Angesichts ihrer Lebenserwartung sollten doch gerade die jüngeren Menschen Interesse an der Mitbestimmung haben.

Als zweiten Punkt nannte Huber das Auseinanderdriften der Zusammenarbeit der mittlerweile 28 Länder der EU. So die Stichworte Grexit, Brexit, die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung oder die Zerstrittenheit in der Flüchtlingsfrage. Dann aber spielte der Abgeordnete den Schülern den Ball zu.

Die ersten Fragen bezogen sich erwartungsgemäß auf Umweltthemen. Wie lange es dauern werde, bis Bayern komplett auf erneuerbare Energien umgestiegen sei? 50 Jahre so war dazu die Einschätzung von Huber. Auch auch für die Mitarbeiter der spätestens im Jahr 2022 außer Betrieb gehenden Atomkraftwerke sehe der Abgeordnete keine Probleme, da diese Arbeitsverträge mit den Energieversorgern hätten und auch nach der Abschaltung der Anlagen die Arbeit noch nicht zu Ende sei. Über die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Mann und Frau kam man zur Frage der wöchentlichen Arbeitszeit von Huber, welche dieser mit 70 Stunden pro Woche angab.

Mit der Frage zur persönlichen Meinung zur „Willkommenspolitik“ von Bundeskanzlerin Merkel kamen die Schüler zu kniffligeren Fragen. Huber sieht dabei die grundsätzliche Notwendigkeit, dass Europa helfen müsse. Merkel stehe aber im Gegensatz zu 27 anderen Ländern der EU, in denen die Meinungen von totaler Ablehnung bis zu begrenzter Aufnahmebereitschaft gehen würden. Laut ZDF-Politikbarometer würden gut 50 Prozent der deutschen Bevölkerung der Politik der Bundesregierung zustimmen. Viele Menschen hätten im vergangenen Jahr eine Willkommenskultur praktiziert.

Er persönlich sei der Meinung, dass ein christlich geprägtes, hoch entwickeltes Land die Verpflichtung habe zu helfen. Jedes Jahr eine Million Flüchtlinge seien aber nicht zu schaffen. Kritisch sehe er auch die Grenzkontrollen an derzeit sechs der 60 Grenzübergänge zu Österreich.

Herzlich
REALSCHULE ST. MARIA NIEDERVIEHBACH